

Dresden Nachrichten

Gegründet 1856

Buchdruckerei: Buchdruckerei Dresden
Postleitzahl-Gesamtanschrift: 22 941
Redaktion: 22 941
Gesetzliche Verantwortung: Dr. Brandes
Satzung u. Gesetzgebungsrecht: Dresden - K. L., Wittenstrasse 28/29

Buchdruckerei bei möglichst günstigen Preisen: monatlich 2,20 RM. (abgesehen von 10 DM. für Zeitungen), sonst 2,50 RM. (abgesehen von 10 DM. für Zeitungen) ohne Verkaufszuschlag; bei 7 und höheren Postzähler: 2,50 RM. (abgesehen von 10 DM. für Zeitungen); Die einzelnen 20 mm Briefe ab 20 DM. bis zu 40 DM. bis 50 mm breite Postkarten ab 30 DM. unterhalb 200 DM.
abz. Zeitungsfreizeit 11. Tausch. Sonderkarten und Grußkarten ohne Rabatt 15 DM. unterhalb 20 DM. Offizierskarte 30 DM. Einzelne Räume gegen Bezahlung.

Druck u. Verlag: Dresden & Weidmann,
Dresden. Postleitzahl 22 941 Dresden
Reichspost nur mit best. Ordnungsanzeige
(Dresden, Rade.) gültig. Unterläufige
Schiffspäckchen werden nicht ausgesetzt.

Adolf Hitler vor dem Landwirtschaftsrat

Ohne Bauernstum seine Wiedergeburt!

Berlin, 5. April. Auf der 68. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates im ehemaligen Herrenhaus in Berlin ergriff nach einem Referat des Präsidenten Dr. Brandes, über das wir weiter unten berichten,

Reichskanzler Adolf Hitler,

der bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt wurde, das Wort zu folgenden Ausführungen:

Wenn wir heute wirklich wieder unter unseren alten schwarzwehrischen Herren und unter dem Symbol der neuen deutschen Erhebung tagen können, dann hat

an dieser geschichtlichen Wendung unseres Schicksals der deutsche Bauer vielleicht den wesentlichen Anteil.

Wenn man so viel von den Motiven rede, die im einzelnen das Handeln von Regierungen bestimmten, so überlege man dabei manchmal, daß alle Handlungen in bestimmten Seiten von einer einzigen Wurzel ausgehen. Auch die Handlungen der hinter uns liegenden Zeit seien von einer einzigen Wurzel ausgegangen, genau so, wie die Handlungen der vor uns liegenden Zeit von einer Wurzel ausgehen müssten. In den hinter uns liegenden Jahrzehnten seien oft Entschlüsse getroffen worden, die im Zusammenwirken am Ende zu einem Resultat führen müssten, das man von vornherein vorauslagten konnte. Daher habe es auch in Deutschland immer Prophezeiungen gegeben, die die Realitäten der Zukunft der vergangenen Zeit vorauslagten konnten, weil der Ausgangspunkt dieser Entschlüsse ein ganz bestimmter war, und zwar einer, den man von vornherein ablehnen musste.

Ich möchte heute von den Tendenzen reden, die die die nationale Regierung als Richtlinien ihres Handelns nimmt. Wir bezeichnen uns als

Regierung der nationalen Revolution und wollen damit sagen, daß diese Regierung sich ganz bewußt als eine Vertretung der deutschen Volksinteressen aufstellt und führt, und zwar nur der deutschen Volksinteressen.

Damit muß aber die Regierung auch eine Vertretung des deutschen Bauernstums sein. Ich kann nicht für die Interessen eines Volkes eintreten, wenn ich nicht in dem Stande die wichtigste Stütze sehe, der tatsächlich die Zukunft der Nation bedeutet. Wenn ich über alle die wirtschaftlichen Einsichtsergebnisse und politischen Handlungen hinwegsehe, bleibt am Ende doch immer wesentlich die

Frage der Erhaltung des Volksstums an sich. Diese Frage wird nur günstig beantwortet werden können, wenn die Frage der Erhaltung des Bauernstums gelöst ist.

Doch unser Volk ohne Städte bestehen konnte, wissen wir aus der Geschichte, daß es ohne Bauern bestehen kann, ist unmöglich. (Lebhafte Zustimmung.) Alle Schwankungen sind am Ende zu ertragen, alle Schlaflosnächte zu überwinden, wenn ein gesundes Bauernstum vorhanden ist, auf dem es immer wieder neue Kräfte schöpft. Die Erhebung, die hinter uns liegt, wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht noch einen bestimmten Prozentsatz unseres Volkes auf dem Lande gehabt hätten. Von den Städten aus wäre diese Erhebung nicht möglich gewesen.

Bis zu 95 Prozent hat sich in manchen Gebieten das Bauernstum zum nationalen Gedanken bekannt, und dem verdankt das deutsche Volk die Erhaltung des Umlaufes, der zur allgemeinen Verbundung der deutschen Bevölkerung führt.

Jede Regierung, die die Bedeutung eines solchen tragenden Fundamentes nicht erkennt, ist nur eine Regierung für den Augenblick, sie wird niemals ewige Erfolge erzielen können.

Außerdem die Regierung ihre Mission in der Erhaltung des deutschen Volksstums sieht und dieses Volksstum auf die Erhaltung des deutschen Bauernstums angewiesen ist, kann sie niemals grundsätzlich feste Entschlüsse treffen. Diese Arbeit ist auch eine Frage des Staates zu einer gewissen Unpopulärität. Man wird mit vielen Überlieferungen brechen müssen, man wird das aber um so mehr tun können, je mehr die Nation geschlossen hinter der Regierung steht.

Es gilt heute diejenigen Entschlüsse zu treffen und in den nächsten Jahren durchzuführen, von denen wir wissen, daß auch jüngere Generationen sie als grundsätzlich richtig anerkennen werden und denen allein die Rettung der deutschen Nation zu vertrauen ist.

Wir sind bereit, den schweren Kampf dafür auf uns zu nehmen. Die allgemeinen politischen Voraussetzungen sind geschaffen. Durch das Gründungsprogramm ist zum ersten Male die Rettungskraft für das deutsche Volk gestellt worden von den nur parlamentarisch eingekittelten Abgeordneten und Ratsräten des Parlaments. Es ist aber notwendig, daß an diesem Handeln das Volk selbst lebensdienigen Anteil nimmt. Das deutsche Volk muß sich auf sich selber besinnen und hinter die Regierung treten. Wenn wir in vier Jahren wieder an die deutsche Nation appellieren, dann wollen wir uns nicht an ein Volk wenden, das vier Jahre geschlagen hat, sondern das in dieser Zeit endlich aus seiner parlamentarischen Opponenz erweckt ist. (Applaus.) Ich glaube, daß die vor uns liegende

Arbeit die schwerste ist, weil man nach 15 Jahren des Außerachtlassens der natürlichen Lebensvoraussetzungen wieder mit ganz primitiven Vernunftgrundlagen beginnen muß. Man kann kaum einen Schritt tun, ohne daß man nicht auf Korruption stößt, geistige und materielle.

Das Ringen der Vergangenheit wäre zwecklos gewesen, wenn nun plötzlich das Ringen für die Zukunft aufgegeben würde.

Was wir selbst an Opfern brachten für die Erhaltung des Deutschen Reiches war schwer. Die Generation, die den Weltkrieg durchlief, hat Unerhörtes gelebt. Aber wir müssen auch die Generationen vorher und ihre Leistungen in Rechnung stellen. Wir müssen die Gesamtsumme der Opfer überbauen, die vor uns gebracht worden sind. Jede Generation muß als Glied in der ewigen Geschlechterfolge

ihre Pflichten erfüllen. Jetzt weitet sich diese Pflicht an und. Wir haben uns längere Jahre lang schwer verändert, bewußt oder unbewußt, und müssen nun zusammen wieder bewußt die Zeit überwinden. Daher kann die Aufgabe nicht so groß sein, als daß sie nicht gelöst werden könnte. Es gilt auch hier der ewige Grundtag, daß da, wo ein Willkomm ist, er durch gar nichts gebaut werden kann, daß er absolut die Not beseitigen wird. (Langanhaltender Beifall.)

Präsident Brandes dankt dem Kanzler für seine Ausführungen, mit denen er neue Zuversicht geweckt habe, und gab die Versicherung ab, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat sich hinter ihn stellen und ihm folgen werde. (Lebhafte Beifall.)

Romreise von Papen und Göring

Berlin, 5. April. Wie wir erfahren, werden Vizekanzler v. Papen und Reichsminister Göring in den nächsten Tagen eine Reise nach Rom unternehmen.

Ausbau der nationalen Agrarwirtschaft

Große Programmkrede des Präsidenten Brandes

Vor der Rebe des Reichskanzlers Adolf Hitler nahm die 68. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates, zu der zahlreiche Vertreter der deutschen Landwirtschaftsvereine aus dem ganzen Reichsgebiet erschienen waren, folgenden Verlauf. Mit weiteren führenden Repräsentanten des öffentlichen Lebens waren der Vizekanzler v. Papen und Reichsminister Dr. Hugenberg mit ihren Mitarbeitern anwesend. Unter den bekannten Vertretern der Landwirtschaft bemerkte man u. a. den früheren Reichsernährungsminister Schiele und Herrn von Oldenburg-Baudissau.

Nach mehr als halbstündigem Verspätung eröffnete der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, die Tagung mit der Mitteilung, daß der Herr Reichskanzler ihm habe sagen lassen, er sei in einer wichtigen Vereinbarung begriffen und könne erst im späteren Verlauf der Sitzung erscheinen, bitte jedoch, mit den Verhandlungen beginnen zu wollen. Dr. Brandes erstaute dann sein Hauptreferat über

Ausbau der nationalen Agrarwirtschaft.

Daß sagte er u. a.: „Was wir lange ersehnten, nationale Wirtschaftspolitik, soll jetzt verwirklicht werden. Dem deutschen Bauer soll wieder Existenzmöglichkeit und wirtschaftliches Fortkommen gegeben werden, nicht aus einseitig agraristischen Interessen, sondern weil die deutsche Gesamtwirtschaft und die deutsche Zukunft das geduldig verlangen.“

Die Bevölkerung auch in der Stadt muß erkennen, daß ihre Existenz einen gesunden und langlebigen Bauernstand bedingt.

Ich weiß wohl, daß mancher Bauer noch misstraut: Denn zu viele Enttäuschungen hat es in der Vergangenheit gegeben. Jetzt aber haben wir eine Reichsregierung, die nicht nur guten Willen, sondern auch die Macht und Energie hat, ihr Programm durchzuführen und den Weg der Nationalwirtschaft konsequent weiterzugehen. Es muß auch der Bauer davon durchdringen sein, wie wichtig es ist, die Rauhheit der häßlichen Bevölkerung zu erhalten und zu stärken.

Wenn die deutsche Wirtschaftsführung aufgebaut werden soll auf dem Gemeinwohl und der Sozialversicherung, so ist vieles möglich, was früher unmöglich schien. Nach den materiellen und seelischen Zukunftsdrücken, an denen die deutsche Geschichte doch wahrscheinlich nicht arm ist, ging der Bauerausbau letzten Endes doch immer wieder vom Bauernhof aus. Hat nicht der deutsche Bauer im Grunde seiner Seele die Revolution und den Marxismus dauernd abgelehnt? Wäre die nationale Erhebung so durchschlagend möglich gewesen, wenn nicht in den Bauernhäusern überall diese Feuer geglimmt hätten?

Die Wiederherstellung der Rentabilität ist also kein Problem mehr, das nur für den Osten oder den Großraum wichtig ist, sondern es ist ein Problem für die ganze deutsche Landwirtschaft geworden.

Untersuchungen zeigen, daß die deutsche Landwirtschaft bei Betrieben über fünf Hektar, wenn von Steuern, Binsen und Soziallasten abgesehen wird, mit einem Plus von 300 Millionen Reichsmark wirtschaftet. Dieser Plus wird aber ausgerechnet im Betrage von 1500 Millionen Reichsmark. Die Schafzüchter ist buchstäblich nicht erfassbar, drückt sich aber in Mindereinnahmen für Vieh aus. Also:

Rund 300 Millionen hätte die Landwirtschaft an Steuern, Binsen, Sozialen zahlen können, überlangt und ist 1500 Millionen.

Es bleibt also ein Fehlbetrag von 12 Milliarden. Unter Einbeziehung der Weidebau unter fünf Hektar vergrößert sich das Minus noch um etwa 200 Millionen. Das ist die

furchtbare ernste Lage, vor die sich die nationale Regierung gestellt sieht.

Nur durch Selbsthilfe läßt sich die Rentabilität angesichts dieser Bahnen nicht herstellen. Die Selbsthilfe muß zwar in jeder Weise gefordert werden, aber man kann nichts Unmögliches von ihr verlangen. Angesichts des großen Defizits von über einer Milliarde, läßt sich keine Befreiung nur durch Senkung von Kosten und Binsen nicht erreichen, ebenso wenig wie eine Befreiung des Defizits nur durch Preiserhöhungen möglich ist. Bei der notwendigen Kombination beider Methoden brauchen die Preise um so weniger gestiegen zu werden, je mehr es gelingt, Kosten und Binsen zu senken. Bei aller Schönung der Minderbemittelten wird jedoch jede Preiserhöhung zunächst als Härte empfunden. Das muß durchgehalten werden.

Ein solch unabschließbarer völliger Zusammenbruch der Landwirtschaft und der deutschen Wirtschaft würde noch ganz andere Härten zeitigen.

Die Härten werden vorübergehen. Sie werden nicht mehr als Härten empfunden werden, sobald die Landwirtschaft wieder kaufen und den Binnenmarkt beleben kann.

Die Einnahmen der Landwirtschaft sind von 10,2 Milliarden Reichsmark 1928/29 auf 7,8 Milliarden Reichsmark im Jahre 1931/32 gesunken und werden im laufenden Wirtschaftsjahr nur noch 6,5 Milliarden Reichsmark beitragen, obwohl die Produktionsmenge um 5 Prozent angestiegen hat.

Wird dieser Raupraktikstrumpf der Landwirtschaft um fast 4 Milliarden Reichsmark entgegengesetzt, so wird es auch wieder Arbeit, Aufträge, Beschäftigung geben. Wenn eine Wirtschaftspolitik wieder Arbeit schafft, muß allen das mehr als billige Margarine. Die als Folge tatkräftiger Agrarpolitik oft befürchtete Überproduktion braucht nicht einzutreten, wenn nur anstelle einseitiger Förderung einzelner Produktionswege eine allgemeine Förderung aller Zweige der Landwirtschaft stattfindet. Das Ziel muß dabei sein, nicht nur die menschlichen Nahrungsmitte nach Möglichkeit herzustellen, sondern auch die Futtermittel.

Bon Nahrungsfreiheit kann nicht die Rebe sein, solange die Futterbasis im Auslande liegt.

Diese Umstellung der Wirtschaftspolitik muß selbstverständlich in der richtigen Reihenfolge erfolgen: Zum Beispiel erst bessere Milch- und Fleischierteile, dann erst kann man an Futtermittelpreise herangehen. Was nun das System läßlicher Handelspolitik betrifft, so entspricht das bisherige System unbedingt Weltbegünstigung und festen Tarifabreden zwar den Anforderungen des Welthandels, der Export- und Importinteressen, nationale Wirtschaftspolitik läßt sich aber auf Grundlage dieses Systems bei der Variabilität des Weltmarktes und der Währungen nicht mehr freiben. Deshalb die

Forderung der Landwirtschaft nach autonomen Kontingenten und Bößen.

wollt das die einzigen wirklichen Mittel sind, um Überschwemmungen mit Auslandswaren am deutschen Markt zu verhindern. In ähnlicher Weise wie in Frankreich muß in allen abweichen Landesverträgen eine Kaitz-Kontingenzfalle eingefügt werden, die der deutschen Regierung das Recht zur Kontingentierung und anderweitigen Sollstellenung gibt.

Neben diesen handelspolitischen Maßnahmen muß eine Reihe von innenwirtschaftlichen Maßnahmen getroffen werden. Zur Verkürzung stehen u. a. Monopole, Vermehrung, Konsolidation, Befreiungsbewilligung und Kontingentierung der Erzeugung. Unter den zu sinkenden Ausgabenposten sind die Binsen wegen ihrer Höhe ein besonders wichtiger Faktor.

Für die eilige Regulierung der Binsen- und Entlastungsfrage gibt es zwei Wege: Entweder den Weg der Konvertierung und des Abfalls mit langen Amortisationsfristen und sehr niedriger Vergütung oder zwangsweise Binsenkürzung.